

# Bandenmäßiger Asyl-Mißbrauch ohne Folgen!?



Foto: Freedom House / flickr / CC BY 2.0 (Ausschnitt)

**»Am 18. und 19.4.2018 durchsuchten Beamte der Staatsanwaltschaft Bremen, der Zentralen Antikorruptionsstelle Bremen (ZAKS) und der niedersächsischen Polizei acht Objekte in Bremen und Niedersachsen – darunter auch zwei Rechtsanwaltskanzleien. Die Durchsuchungen erfolgten im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens wegen des Vorwurfs der bandenmäßigen Verleitung zur mißbräuchlichen Asylantragstellung gemäß § 84 des Asylgesetzes sowie wegen Bestechung und Bestechlichkeit gemäß §§ 332, 334 des Strafgesetzbuches. Unter den sechs Beschuldigten befinden sich die ehemalige Leiterin der Bremer Außenstelle des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge sowie drei Rechtsanwälte aus Bremen und Niedersachsen. Die Beschuldigten werden verdächtigt, Asylantragsteller gezielt veranlaßt zu haben, Asylanträge bei der formell unzuständigen Außenstelle Bremen zu stellen. In diesen Asylverfahren kam es auch zu zahlreichen weiteren Rechtsverstößen, so daß falsche Anerkennungsbescheide ergingen. Dabei soll es auch zur Gewährung von Vorteilen an Amtsträger gekommen sein.«**

Pressemitteilung der Staatsanwaltschaft Bremen, 20.4.2018 (Auszug)

## Das offene Wort

### Ein Heer von unfähigen Beamten?

Das BAMF und das zuständige Innenministerium beschäftigen eine Unzahl von hochrangigen, qualifizierten Beamten. Sollte man meinen.

Trotzdem vergab man seit 2015 millionenschwere Beratungsaufträge an teure »Berater«, statt selbst tätig zu werden.

Über 54,8 Millionen Euro erhielten Beratungsunternehmen wie *Ernst & Young*, *McKinsey & Company* oder *Kienbaum Consultants International*, um die Behörde effektiver, schneller und schlagkräftiger zu machen.

Allein *McKinsey* erhielt 45,4 Millionen Euro, wie aus einer Bundestagsdrucksache hervorgeht. Zeitweise hatte das Unternehmen 370 Mitarbeiter beim BAMF vor Ort. Es ging und geht bis heute um »strategische Beratung der Leitung« und um »Neuorganisation der Asylverfahren«. *Kienbaum* z.B. erhielt 493.512 Euro für die »Entwicklung eines Kompetenzsystems für Führungskräfte«.

Ist das riesige Beamtenheer des Bundesministeriums und seiner BAMF-Behörde nicht qualifiziert und kompetent genug, die Durchführung ordnungsgemäßer Asylverfahren zu organisieren und zu überwachen?

Das wäre eine Bankrotterklärung für den Staat und seine Behörden! Ein Staat, dessen Behörden jeden Parksünder erfassen und bis vor den Richtertisch verfolgen, ist nicht in der Lage, ohne Hilfe von profitorientierten Privatunternehmen seine hoheitsrechtlichen Pflichten zu erfüllen? Man kann nur den Kopf schütteln!

Ihre Sabine Möller

## Desaster für die Politik

Der Skandal um das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ist viel mehr als das Versagen einer Behörde, es ist eine weitere Kapitulation des Rechtsstaates vor Korruption und Amtsmissbrauch.

Würden die allein bis jetzt bekannt gewordenen Fälle aus einem afrikanischen oder asiatischen Land bekannt, sprächen wir mit Fug und Recht von einer Bananenrepublik. Schmiergeldzahlungen werden aber auch bei uns ein immer größeres Problem. In Krankenhäusern, bei Behörden und in der privaten Wirtschaft ist Käuflichkeit weiter verbreitet als es sich der korrekte Bürger vorstellt.

Wenn sich jetzt unsere Politiker in gespielter Empörung »der Dinge annehmen wollen«, ist dies reine Augenwischerei.

Wer Syrer ist, bestimmte bislang das BAMF, welches, in Abstimmung mit den politisch Verantwortlichen, alle »Flüchtlinge« animierte, sich als Syrer auszugeben.

Am 25.8.2015 »twitcherte« das BAMF: »Dublin-Verfahren syrischer Staatsangehöriger werden zum gegenwärtigen Zeitpunkt von uns weitestgehend faktisch nicht weiter verfolgt.«

Das war das Signal für zehntausende von »Flüchtlingen« ihre Ausweispapiere wegzuschmeißen, um an den deutschen Grenzen als »Syrer« um Asyl zu bitten.

Diesem ersten Rechtsbruch des BAMF sollten in den nächsten Jahren etliche weitere folgen. Aus »humanitären«, »finanziellen« und politischen Gründen wurden und werden Asylanträge manipuliert und genehmigt. Dieser Skandal hat bereits jetzt Dimensionen angenommen, der bei einer vollständigen Aufklärung jeden vorstellbaren Rahmen sprengen wird.

Zum Unrecht der Grenzöffnung gesellt sich der stillschweigend geduldete Mißbrauch unseres Asylrechts. Wenn in der Vergangenheit informierte Bürger auf den erkennbaren Asylsumpf hinwiesen, wurden sie als »Rechtradikale« verunglimpft. Nachdem die Leichen in den Kellern der »Eliten« gen Himmel stinken, kommen die Medien und die Politiker um die Fakten nicht mehr umhin. Man könnte sich »klammheimlich freuen« und die Hände reiben über dieses Asyl-Desaster. Allerdings sind die Folgen für uns und unsere Nachkommen so schwerwiegend, daß Schadenfreude sich von selbst verbietet. Die Leidtragenden sind wieder einmal die »kleinen Leute«, während sich die politisch Verantwortlichen elegant aus der Affäre ziehen werden.

Trotz allem muß ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß schnellstens Klarheit schaffen – bis hinauf in die höchsten bürokratischen und parlamentarischen Spitzen muß ermittelt werden. Allerdings bedarf es keines Propheten, um bei einem eventuellen Ergebnis an das Hornberger Schießen zu denken.

### ZUM NACHDENKEN:

**»Die Vorgänge im BAMF werfen ein Schlaglicht auf die gesamte Flüchtlingspolitik der vergangenen vier Jahre. Die eine Hand weiß bis heute nicht, was die andere tut. Beim BAMF gibt es gravierende Mängel – nicht nur in der Außenstelle Bremen.«**

Christian Lindner (FDP),  
lt. SPON, 25.5.2018

# Die wahre Schuldige:

»Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik und trägt dafür die Verantwortung.«

Artikel 65 Grundgesetz



Foto: Armin Linnartz / CC BY-SA 3.0 de

»Ist mir egal, ob ich schuld am Zustrom der Flüchtlinge bin. Nun sind sie halt da.«

Bundeskanzlerin Merkel, 2015

## Chaos und Versagen im Asylbetrieb

### Problem bekannt, doch nicht gebannt!

Nicht das Bundesamt, das jetzt am Pranger steht, ist schuld an allem, am BAMF zeigen sich nur die verheerenden Folgen des Politik- und Staatsversagens, für das die Regierung und vor allem gemäß Grundgesetz die Kanzlerin verantwortlich sind.

Sie haben gewußt, geduldet und gefördert, was nur als monströses Versagen aufgelistet werden kann.

Hier einige Beispiele aus den vergangenen Jahren:

#### JULI 2014:

Der Leiter des BAMF in Oldenburg und Friedland berichtet der BAMF-Zentrale in Nürnberg über kritikwürdige Vorgänge in Bremen. Gruppen- und Abteilungsleiter bestätigen die Details.

Folgen: **keine**

#### OKTOBER 2015:

Die Kanzlerin macht das Thema Asyl zur Chefsache und bestimmt Kanzleramtsminister *Peter Altmaier* über den Kopf des zuständigen Ministers *de Maizière* hinweg

zum Flüchtlingskoordinator. Die Verantwortung liegt nun eindeutig beim Kanzleramt selbst. Ein Erlaß von *de Maizière*, das BAMF solle für syrische Flüchtlinge nur noch »subsidiären Schutz« gewähren, wurde auf Einspruch von *Altmaier* zurückgenommen. Das BAMF erhielt die Weisung, Asylverfahren zu beschleunigen und die Behörde auf Schnelligkeit zu trimmen. Die Forderung von Bayerns Innenminister *Joachim Herrmann*, wonach das BAMF seine Asylentscheidungen strenger kontrollieren müsse, wurde zurückgewiesen.

Folgen: **Chaos**

#### NOVEMBER 2015:

BAMF-Chef *Frank-Jürgen Weise* bekommt vom Kanzleramt die Order, dafür zu sorgen, daß es künftig keine Fotos mehr von chaotischen Zuständen bei den Flüchtlingsbehörden gebe. Der Personalrat der Behörde veröffentlicht einen Offenen Brief: Er hält die Rechtsstaatlichkeit bei der damaligen Bearbeitung von Asylanträgen für nicht gegeben. Es gebe

»systemische Mängel« bei den geforderten Maßnahmen zur Verfahrensbeschleunigung und der Anzahl von Entscheidungen. Es gebe einen »hohen Anteil« von Asylsuchenden, die »eine falsche Identität angeben, um eine Bleibeperspektive mit Familiennachzug zu erhalten.«

Folgen: **keine**

#### JANUAR 2016:

Das Bundesinnenministerium bekommt Hinweise auf Unregelmäßigkeiten in Bremen. Innenstaatssekretär *Stephan Mayer* (CSU) berichtet darüber in einer Sitzung des Innenausschusses.

Folgen: **keine**

#### MÄRZ 2016:

Interne Unterlagen belegen, daß die Behörde auf Höchstleistung getrimmt werden soll. Die aktuelle Zahl sei »zu niedrig, um die ambitionierten Jahresziele 2016 zu erreichen.«

Folgen: **keine**

#### JULI 2016:

Die BAMF-Zentrale und seit damaliger Leiter *Weise* erhalten Schreiben des Re-

gierungspräsidenten von Hannover und später vom niedersächsischen Innenminister *Boris Pistorius*, in denen sie auf Verdachtshinweise über Unregelmäßigkeiten bei der Asylgewährung berichteten.

Folgen: **keine**

#### SEPTEMBER 2016:

Es wird öffentlich bekannt, daß anerkannte Asylbewerber in zunehmender Zahl zu Urlaubs- und Besuchsreisen ausgerechnet in das Land fahren, in dem sie angeblich verfolgt werden. Erst auf Anfrage bestätigt das BAMF, daß es solche Fälle gebe, aber keine Statistik, wie viele es seien.

Folgen: **keine**

#### Urlaub im Fluchtland?

Es wäre doch so einfach: Wiedereinreise verhindern, Asylstatus aberkennen, die hiesige Habe für die bisher entstandenen Asylkosten beschlagnahmen!

#### OKTOBER 2016:

Von Mitarbeitern des BAMF heißt es, man entdecke seit Jahren viele gefälschte Dokumente. Offizielle Zahlen gebe es aber nicht. Allein im ersten Halbjahr 2016 habe man aber 2.273 »schwere gerichtsfeste Manipulationen« festgestellt. Die Hausspitze schaue jedoch nicht genau hin und befürworte eine niedrigere Rate. Ein BAMF-Vertreter: »Wir sind doch nicht die Polizei.«

Folgen: **keine**

#### FEBRUAR 2017:

Ein BAMF-Referent warnt vor einer Überprüfung von Bremer Asylbescheiden durch andere Behörden. Er soll vorgeschlagen haben, eine eigene Untersuchung durchzuführen, ehe Dritte tätig würden.

**»Es kann nicht angehen, daß wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens bestraft wird, wer die Staatsform der Bundesrepublik abändern will, während der, der das deutsche Staatsvolk in der Bundesrepublik abschaffen und durch eine „multikulturelle Gesellschaft“ ersetzen und auf deutschem Boden einen Vielvölkerstaat etablieren will, straffrei bleibt.**

**Das eine ist korrigierbar, das andere nicht und daher viel verwerflicher und strafwürdiger. Diese Rechtslage wird auch der Generalbundesanwalt nicht auf die Dauer ignorieren dürfen.«**

Der Staatsrechtler und ehemalige Berliner Staatssekretär *Dr. Otto Uhlitz* in »Aspekte der Souveränität«, Kiel 1987

Ein Gruppenleiter aus der BAMF-Zentrale habe daraufhin entschieden, man solle »geräuschlos« vorgehen, bevor es »Politgetöse« gebe.

In einer E-Mail des zuständigen Abteilungsleiters des BAMF heißt es dann, Unregelmäßigkeiten sollten überprüft werden, aber bitte nicht »alles« und nicht »bis ins Detail«.

Folgen: **keine**

#### JUNI 2017:

Die Nachfolgerin von BAMF-Chef *Weise*, *Jutta Cordt*, bestätigt, daß 5.000 Asylanträge anerkannt wurden, obwohl sie nicht wie vorgeschrieben erkennungsdienstlich behandelt wurden. Man unterließ es zum Beispiel, Fingerabdrücke zu nehmen und zu prüfen, ob die Asylsuchenden bereits zuvor woanders Asyl beantragt hatten.

Folgen: **keine**

#### JULI 2017:

Ein leitender Beamter in Bremen belastet die dortige BAMF-Chefin, sie habe

»massenhaft« die Verfahren von einem ihr nahestehenden Anwalt »vorgezogen«.

Folgen: **keine**

#### APRIL 2018:

Am 4.4.2018 soll Innenstaatssekretär *Mayer* eine Darstellung der Bremer Vorgänge erhalten haben. Laut *F.A.S.* befaßte der sich aber erst am 14.5.2018 mit dem Vorgang und leitete ihn an eine Abteilung weiter, nicht aber an den verantwortlichen Minister *Seehofer*.

Folgen: **keine**

#### MAI 2018:

Innenminister *Seehofer* kündigt Konsequenzen der Affäre an, »damit die Dinge ohne Ansehen von Personen oder Institutionen aufgeklärt werden.« Der Innenausschuß des Bundestages tagt. Die Schuldigen sperren sich gegen einen Bundestagsuntersuchungsausschuß.

Folgen: **bisher keine**

**Wir wagen vorauszusagen: Die Kleinen hängt man, die Großen läßt man laufen.**

# Erdoğan freute sich: »Mit großem Respekt für meinen Präsidenten«

## Eigentore für die »Integrations«-Fabulierer

Die beiden türkischstämmigen, eingedeutschten Fußballnationalspieler Mesut Özil und İlkay Gündoğan hatten sich am 13.5.2018 mit dem türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan in einem Hotel in London getroffen.

Tagelang herrschte große Aufregung beim Deutschen Fußballbund, in den Medien und im Politbetrieb. Ausgerechnet die Aushängeschilder einer geglückten Integration schießen quer. Die Lippen beim Abspielen der Deutschen Nationalhymne zusammenzukneifen scheint den Verantwortlichen ja noch entschuldigbar, sich aber

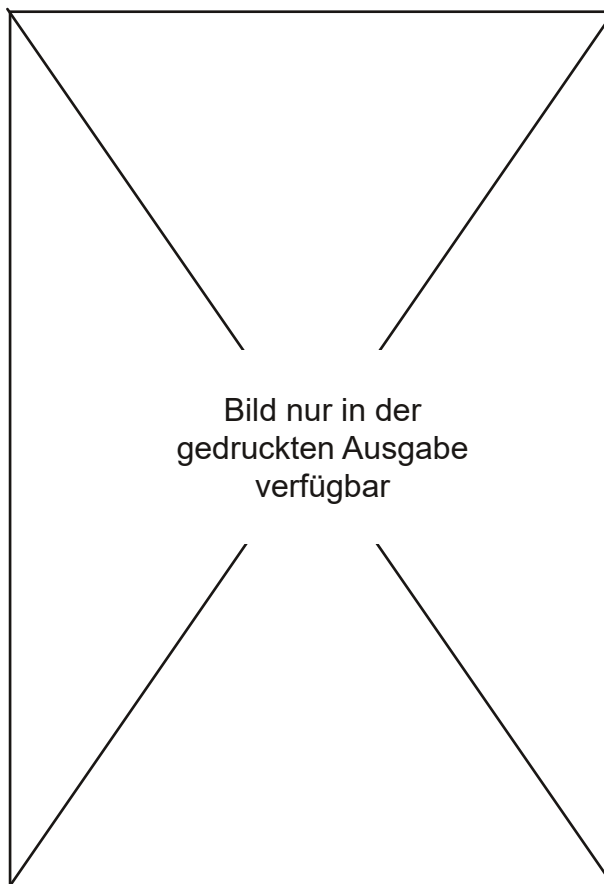
mit Erdoğan zu treffen – angeblich ein Skandal, der aber nach wenigen Tagen wieder vergessen war.

Gündoğan überreichte »mit großem Respekt« und »hochachtungsvoll« ein Trikot mit der Widmung: »Für meinen verehrten Präsidenten«.

Unsere Integrations-Utopisten haben es eben immer noch nicht verstanden: Blut ist dicker als Wasser!

## Steinmeier erfindet mehrere »Heimaten«

Bei den Integrations-Phantasten lagen kurzzeitig die Nerven blank. Das Verhalten der beiden Fußballstars wurde hin und her »entschuldigt«, vorneweg unser Bundespräsident Steinmeier. Dieser sprach vom Recht auf mehrere



»Heimaten« und machte sich damit sogar in der Systempresse lächerlich.

Laut »Duden« ist für das Wort »Heimat« der Plural nicht üblich. Das stört Steinmeier natürlich nicht, den beiden türkischstämmigen Fußballspielern Özil und Gündoğan mehrere »Heimaten« zuzugestehen. Ob das seinem Amte entspricht, bezweifeln viel Deutsche.

Es wirkt eher peinlich, daß der Bundespräsident diese beiden Fußball-Millionäre einlädt und ihre Ergebenheitsgeste gegenüber dem türkischen Präsidenten herunterspielt.

Die beiden Spieler hätten sogar ihren Urlaub unterbrochen, nur um einen Termin beim Bundespräsidenten wahrzunehmen, würdigte DFB-Präsident Reinhard

Grindel den selbstlosen Einsatz für die Integration:

»Es verdient Respekt und Anerkennung, daß Mesut Özil und İlkay Gündoğan persönlich die Irritationen ausräumen wollten«.

Laut Grindel hätten sie eine klare Botschaft verkündet: »Beide haben uns gegenüber versichert, daß sie mit dieser Aktion kein politisches Signal senden wollten.«

In Wahrheit war das konsequente Auftreten der beiden bei ihrem Treffen mit Erdoğan ein aus ihrer Sicht verständliches Bekenntnis zur Heimat ihrer Väter und Vorfahren.

Augenfälliger kann man die gescheiterte Integration kaum illustrieren.

Aber nein, mit fadenscheinigen Argumenten muß der Popanz »Integration« am Leben erhalten werden. Letztendlich ist es auch völlig schnuppe, wer alles mit welchem Hintergrund in »Die Mannschaft« spielt, nachdem der Begriff »Deutsche Fußballnationalmannschaft« der üblichen bunten Begriffsverwirrung gewichen ist.

Trotz allem möchten wir uns aber bei den beiden Darstellern für diese gelungene Steilvorlage bedanken! Dieses Beispiel mißlungener Integration müßte nun endlich auch »Lieschen Müller« zum Nachdenken anregen.

Die vom Bundespräsidenten nun attestierten »beiden Heimaten« sind vor allem ein Geschenk für Recep Tayyip Erdoğan. Zwei Heimaten, zwei Pässe, zweimal wäh-

## **Der Fuchs ist nur deshalb so erfolgreich, weil die Gänse so dumm sind!**

Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen: Der Fuchs ist der Herr *Recep Tayyip Erdoğan*, und die Gänse sind die dummen Wahlbürger, die immer noch nicht erkannt haben, wie ihnen langsam aber sicher die Hälse umgedreht werden:

Bei seinem Wahlkampfauftritt am 20.5.2018 im bosnischen Sarajevo forderte er seine Anhänger auf, ihren Einfluß im Ausland auszuweiten:

**»Nehmt unbedingt die Staatsangehörigkeit der Länder an, in denen ihr lebt.«**

**»Ich bitte Euch, daß ihr eine aktive Rolle in den politischen Parteien in den Ländern übernehmt, in denen ihr lebt. Ihr solltet ein Teil dieser Parlamente sein, nicht diejenigen, die ihr Land verraten.«**

Weiter forderte *Erdoğan* die im Ausland lebenden Türken auf:

**»Schützt eure Religion und eure Sprache sehr gut. Wenn ihr sie verliert, werdet ihr verloren gehen.«**

Und falls irgendwer immer noch nicht den Schuß gehört hat, setzt er noch einen drauf:

**»Seid Ihr bereit, den Terrororganisationen und ihren lokalen und ausländischen Handlangern eine osmanische Ohrfeige zu verpassen?«**



Pro-Erdoğan-Demonstration in Köln, 31.7.2016

len. Außerdem enthebt dieser Zustand die volkstreuere Türken von der Gefahr, sich assimilieren zu müssen. Im Herzen und im Geiste Türken, aber mit allen Rechten und Segnungen in Deutschland. In der Touristikbranche nennt man das: »All inclusive«!

Unsere Politiker breiten den von *Erdoğan* (siehe nebenstehenden Kasten) angesprochenen türkischen Expansionsgelüsten noch den roten Teppich aus, wenn dieser seine Landsleute dazu auffordert, sich in deutsche Parlamente wählen zu lassen, um dort die Interessen der Türkei zu vertreten. Deutlicher geht es nimmer, und man fragt sich: Was muß sonst noch alles geschehen?

Wenn von den etwa 10.000 *Erdoğan*-Anhängern bei der Kundgebung in Sarajewo mehr als 5.000 aus Deutschland kamen und eine über 30-stündige Busfahrt auf sich nahmen, muß über die Einstellung dieser Menschen und weiterer vieler hunderttausend Türken zu unserem Staat nicht spekuliert werden.

Die doppelte Staatsbürgerschaft trägt den Keim der Zwietracht in sich und gehört schnellstmöglich abgeschafft!

Die grüne Bundestagsabgeordnete *Filiz Polat* schwadroniert: »Zu einer offenen, globalisierten und modernen Gesellschaft gehört eine Politik der Mehrstaat-

lichkeit«, um dann in typisch linker Rabulistik fortzufahren: »Auf welcher wissenschaftlichen Grundlage beruht eigentlich der Vorwurf, eine Doppelstaatlerin könne gar nicht in demselben Maße dem deutschen Staat gegenüber loyal sein, wie ein Deutscher ohne zweite deutsche Staatsangehörigkeit?«

Bei so viel Ignoranz und Arroganz kann man nur rufen: »Herr, laß Hirn regnen!«

Um eine Vorstellung davon zu bekommen, welche politische Macht ein geschlossener »türkischer Block« ausüben könnte, hier zwei Zahlen: Von den etwa 2,8 Millionen türkischstämmigen Menschen haben etwa 1,5 Millionen nur einen türkischen Paß. Sollten diese nun einen deutschen Zweitpaß beantragen und erhalten, wären sie eine ernstzunehmende politische Kraft, die im Sinne *Erdoğan*s agieren könnte.

Die von der Willkommenskultur noch besoffenen Grünen, Linken und alle Gutmenschen werden dann die ersten sein, die in den »Genuß« osmanischer Lebenskultur kommen. Eins kann man den Türken nämlich wirklich nicht absprechen: Ihre Verachtung für vaterlandslose Gesellen\*innen, Gesinnungslumpen\*innen und Weicheier\*innen ist grenzenlos.

**Also auf Ihr Lemminge – vorwärts in Euer Verderben.**

## **Wasser predigen aber Wein trinken – Die Vorstandsgehälter der spendensammelnden Hilfsorganisationen**

Mit Hungerkindern, toten Eisbären und »Flüchtlingen« gehen Misereor, UNICEF, Greenpeace, Caritas, Diakonie & Co. auf Spendenfang. Erfolgreich. Doch Millionen fließen erst mal in fürstliche Gehälter für Vorstände und Verwaltung.

Die folgende Aufstellung zeigt Gehälter von Vorständen und Geschäftsführern von Hilfsorganisationen. Neben fürstlichen Zuwendungen gibt es oft noch üppige Beihilfen für die Altersvorsorge.

Oftmals werden die Gehälter aus gutem Grund nicht konkret offengelegt, sondern unter »Verwaltungskosten« versteckt.

Hinzu kommen oft noch weitere Gehälter für »normale« Angestellte und enorme Werbungskosten, um weitere Spenden einzuwerben.

### **SOS Kinderdorf e.V.**

»Im Jahr 2016 betrug die Summe der Jahresgesamtbezüge der

beiden Geschäftsführer des SOS-Kinderdorf e.V. 355.245,16 Euro. Aus Datenschutzgründen wird von einer Einzelveröffentlichung abgesehen.«

Jahresbericht 2017

### **Ärzte ohne Grenzen e.V.**

»Die drei höchsten Jahresgesamtbezüge betragen im Jahr 2015 brutto:

Geschäftsführer 95.302,92 Euro, Medizinischer Leiter Projektmanagement 82.787,17 Euro, Leiter Projektmanagement 78.103,42 Euro«

Jahresbericht 2015

### **Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR e.V.**

»Die Vergütung für die Geschäftsführung [3 Geschäftsführer] betrug für das Geschäftsjahr 2016 insgesamt 282.000 Euro (im Vorjahr 278.000 Euro). In der vorstehenden Angabe sind die

gesetzlich festgelegten Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung sowie die Beiträge zur betrieblichen Altersversorgung nicht enthalten.«

Jahresbericht 2016

### **Deutsches Komitee für UNICEF e.V.**

»Auf Jahresbasis betrug das Bruttojahreseinkommen der höchsten Gehälter inklusive der Beiträge zur Altersversorgung im Jahr 2015: Geschäftsführer 151.700 Euro, Bereichsleitung Marketing 130.100 Euro, Bereichsleitung Finanzen und Verwaltung 124.600 Euro.«

Geschäftsbericht 2015

### **Deutsche Welthungerhilfe e.V.**

»Die Gesamtbezüge des Vorstands im Berichtsjahr beliefen sich auf 442.000 Euro. Die gesetzlich festgelegten Arbeitgeber-

## **Eine Hand wäscht die andere ...**

Mit Hereinbrechen der Flüchtlingswelle über Deutschland ab September 2015 schossen immer neue, teils ominöse »Flüchtlingshilfevereine« wie Pilze aus dem Boden.

Bei den bereits existierenden Vereinen klingelten auf einmal die Kassen wie noch nie. Vor allem kirchliche Vereine und Institutionen wie Diakonie oder Caritas verdienten sich an der Betreuung dieser »Flüchtlinge« eine goldene Nase.

Aber auch die neu gegründeten »gemeinnützigen« Vereine scheffelten auf einmal Geld wie Heu. Vor allem dann, wenn, wie in einem Duisburger Verein geschehen, die ehemalige Geschäftsführerin und Schwester des Vereinsgründers inzwischen

einen Posten im Ministerium bekleidet und daher die Überprüfungen des Vereins gegen Null tendierten.

### **Gelegenheit macht Diebe,**

sagt ein altes deutsches Sprichwort. Deniz A., Gründer und bisheriger Geschäftsführer dieses Vereins, war offensichtlich bereits so weit »integriert«, daß er dieses Sprichwort nur zu gut kannte. Jedenfalls zweigte er im Laufe der Zeit etwa zwei Millionen Euro von dem vielen Geld, das der Verein für seine »Flüchtlingshilfsdienste« erhielt, direkt in die eigene Tasche ab.

Laut einem Bericht des Kölner Express vom 30.5.2018 soll er damit einen repräsentativen Le-

bensstil gepflegt haben und sich durch Sponsoring diverser regionaler Sportvereine als Mäzen und Gönner aufgespielt haben.

Da es ja nicht sein Geld war, fiel es ihm offenbar leicht, sich großzügig zu zeigen und sich von Honoratioren der Stadt und des Landes hofieren zu lassen.

Nun sitzt Deniz A. in Untersuchungshaft. Der neue Geschäftsführer des Vereins versprach, die Ermittlungen mit ganzer Tatkraft zu unterstützen: »Ich arbeite an der Klärung mit, versuche den Verein und die anerkannte Integrations-Arbeit fortzuführen und den Verein neu aufzustellen.«

Er heißt Bülent A. – und ist der Bruder des Verhafteten.

beranteile zur Sozialversicherung sowie Beiträge zur betrieblichen Altersversorgung sind in der obigen Aufstellung nicht enthalten.«

Jahresbericht 2016

### **Plan International Deutschland e.V.**

»Die drei höchsten Bruttojahresvergütungen (Vorsitzende der Geschäftsführung, zwei Geschäftsführer) inklusive aller freiwilligen Leistungen und Nebenleistungen (zum Beispiel Überlassung Dienstwagen, betriebliche Altersvorsorge, 13. Gehalt) belaufen sich in der Gesamtsumme auf € 449.562. Die gesetzlich festgelegten Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung sind in den dargestellten Vergütungen nicht enthalten. Aus Datenschutzgründen erfolgt keine Einzelveröffentlichung der Gehälter der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.«

Rechenschaftsbericht Jahr 2016

### **Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst**

»Pfarrerin Cornelia Füllkrug-Weitzel, M.A., Präsidentin Diakonie Katastrophenhilfe, Präsidentin Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst, Vorstandsvorsitzende Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V.: 116.787,90 Euro (zzgl. 55.292,60 Euro Versorgungumlage und Beiträge zur Versicherung für Pfarrer und Kirchenbeamte)

Prof. Dr. Claudia Warning, Vorstand Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst, Internationale Programme und Inlandsförderung, seit 10/2015 auch Internationale Personaldienste: 130.880,10 Euro (zzgl. 6.000,00 Euro Unterstützungskasse)

Tilman Henke, Vorstand Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst, Finanzen, Organisation und Internationale Personaldienste bis 9/2015: 144.777,05 Euro«

Jahresbericht 2015

### **Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband**

»Pfarrer Ulrich Lilie, Präsident Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband, stellvertretender Vorstandsvorsitzender Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V.: 128.544,20 Euro (zzgl. 65.870,18 Euro Versorgungumlage und Beiträge zur Versicherung für Pfarrer und Kirchenbeamte)

Maria Loheide, Vorstand Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband, Sozialpolitik: 130.809,56 Euro (zzgl. 6.000,00 Euro Unterstützungskasse)

Dr. Jörg Kruttschnitt, Vorstand Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband, Recht, Sozialökonomie und Personal sowie kommissarisch seit 10/2015 Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst, Finanzen und Organisation: 139.399,99 Euro«

Jahresbericht 2015

### **Caritasverbands der Erzdiözese München und Freising e.V.**

»Aus Gründen des Datenschutzes veröffentlichen wir die einzelnen Gehälter der Vorstände nicht. 2015 betrug die Summe der Jahresgesamtbezüge der fünf höchst bezahlten Führungskräfte des Verbandes 483.149,23 Euro.«

[www.caritas-nah-am-naechsten.de/wir-ueber-uns/transparenz/cont/32841](http://www.caritas-nah-am-naechsten.de/wir-ueber-uns/transparenz/cont/32841)

### **Save the Children Deutschland e.V.**

»Die Bezüge des gesamten Vorstands zusammengerechnet beliefen sich auf 224.646,88 Euro, der Anteil der Geschäftsführerin lag bei 93.782,36 Euro.«

Jahresbericht 2016

### **World Vision Deutschland e.V.**

»Die beiden Mitglieder des Vorstandes sind hauptamtlich tätig und erhielten Gesamtbezüge von

281.000 Euro. Eine Einzelveröffentlichung der Gehälter erfolgt aus Datenschutzgründen nicht.«

Jahresbericht 2016

### **Deutsches Rotes Kreuz e.V.**

Das DRK nimmt es mit der Transparenz, an die die Verleihung eines Spendensiegels verknüpft ist, nicht so genau. Im »Jahrbuch 2017« findet sich der lapidare Hinweis: »Mit Bezug auf die Schutzklausel des § 286 Abs. 4 HGB wird auf die Angabe der Vergütungen der obersten Leitungsebene verzichtet«.

Bei Einnahmen von über 145 Millionen Euro im Jahr 2017 (davon etwa 42 Millionen Euro aus Spenden) könnte eine entsprechende Veröffentlichung wohl peinlich werden.

Als Anhaltspunkt kann man das rbb-Politikmagazin »Klartext« vom 29.4.2014 nehmen. Laut dieser Sendung bezog eine ehemalige Oberin der gemeinnützigen Schwesternschaft des DRK in Berlin zuletzt ein Jahresgehalt von über 500.000 Euro.

### **Spenden JA, aber RICHTIG!**

Hochachtung für jeden, der sich für andere einsetzt! Die Bereitschaft zu spenden beweist Verantwortungsbewusstsein, Gemeinschaftsgeist, humane Gesinnung und Hilfsbereitschaft. Das jährlich hohe Spendenaufkommen zeichnet besonders uns Deutsche aus.

Die Frage ist nur, wem man vertrauen kann, daß das Geld auch bei den Kinder-Kulleraugen der Werbeanzeigen, den Armen und den Gebrechlichen in aller Welt ankommt. Statt die Hilfskonzerne zu füttern, sollte man sich in seinem Ort, in seinem Stadtteil umsehen, wo und wie man helfen und das Ergebnis kontrollieren kann.



# Grüner Irrsinn: »Es gibt kein Volk!«



»Alle Macht geht vom Volk aus«, »dem deutschen Volk« (Widmung über dem Reichstag), das im Grundgesetz mehrfach genannte »deutsche Volk« und sein Amtseid auf das »Wohle des deutschen Volkes« – alles das ist für den Grünen-Vorsitzenden **Robert Habeck** offenbar Nonsens.

Das deutsche und die anderen Völker sind für ihn und seine wirre, bunte Truppe nur ein unbequemer Störfaktor.

Ein aktuelles Beispiel für das Weltbild dieses Chaotenhaufens liefert der Bundesvorsitzende **Robert Habeck**.

In einem im April auf dem Debatten-Kanal »INFORMR« (gehört zu »funk«, dem durch Zwangsgebühren finanzierten Gemeinschaftsangebot von **ARD** und **ZDF** für Jugendliche) veröffentlichtem Interview war **Habeck** nach seiner Assoziation zum Begriff »Volksverräter« gefragt worden. Seine Antwort:

**»Ist ein Nazibegriff. Es gibt kein Volk, und es gibt deswegen auch keinen Verrat am Volk. Sondern das ist ein böser Satz, um Menschen auszugrenzen und zu stigmatisieren.«**

Nach heftigen Protesten in den »Sozialen Medien« konkretisierte **Habeck**, daß er im Interview nicht diese völkerrechtliche Kategorie gemeint habe: **»In Deutschland gibt es zweierlei Volk.«** Einerseits den völkerrechtlichen Begriff im Sinne von Staatsvolk und eine »ethnische, ausschließende Kategorie«. Letztere sei gefährlich:

**»Die Idee eines ethnisch-identitären Volkes ist totalitär und ausgrenzend.«** Das so »propagierte deutsche Volk, zusam-

mengesetzt aus irgendwelchen angeblich reinen Genen«, habe es nie gegeben und werde es nie geben.

## **Ein Volksvertreter ohne Volk?**

Um das Gesagte einordnen zu können, muß man wissen, daß **Habeck** seit 2012 Energiewende-Minister (Eigenformulierung der Grünen) und stellvertretender Ministerpräsident unter einem CDU-Ministerpräsidenten in Schleswig-Holstein ist. Dort hat er folgenden Eid geleistet:

**»Ich schwöre: ich werde meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seine Freiheit verteidigen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, die Gesetze der Bundesrepublik Deutschland und des Landes Schleswig-Holstein wahren, mein Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben ...«**

Nun wissen wir alle, was Linke/Marxisten/Grüne von Versprechen oder Eiden halten, wenn es nicht in ihr wirres politisches Weltbild paßt – nämlich nichts!

Erinnert sei auch an die Abschaffung des Begriffes »zum Wohle des deutschen Volkes« in der Eidesformel für die Mitglieder der NRW-Landesregierung, die

ebenfalls durch die Grünen im Sommer 2016 maßgeblich vorangetrieben wurde.

Der AfD-Bundesvorsitzende **Jörg Meuthen** schrieb dazu auf Facebook:

**»Selbstverständlich gibt es ein deutsches Volk, genau wie es auch ein italienisches, spanisches, französisches und türkisches Volk gibt. Noch jedenfalls ist das so, denn noch haben die Grünen ihre zerstörerische und darum hochgefährliche „No borders, no nations“-Mission nicht erfolgreich beendet.«**

**Habeck** kommt in seiner leutseligen, burschikosen und volksnahen (Entschuldigung, muß natürlich heißen: bevölkerungsnahen) Art auch bei politisch wenig Informierten sympathisch rüber. Aber Vorsicht, wie es schon in der Bibel bei Matthäus 7,15 geschrieben steht:

**»Hütet euch vor den falschen Propheten; sie kommen zu euch in Schafskleidern, im Inneren aber sind sie reißende Wölfe.«**

Nun wollen wir Herrn **Habeck** aber auch nicht zu viel Ehre angedeihen lassen, er ist und bleibt nur eine ärgerliche Randnotiz deutscher Politik. Allerdings sind, über diesen »Einzelfall« hinaus, die Roths, Özdemirs und die restlichen grünen Schwarmgeister in ihrem Irrwahn oder Deutschenhaß eine Gefahr für unser Land und unser Volk.

Wir können nur hoffen, daß der gerechte Volkszorn diesem Spuk bald ein Ende setzt und – da wir ja Politiker nicht mehr entsorgen – die Verantwortlichen in die Wüste schickt.

PS: Es ist übrigens nur ein Gerücht, daß die Grünen den Begriff »Volk« vor allem deshalb abschaffen wollen, damit sie später nicht als »Volksverräter« angeklagt werden können.

**WIR SIND DAS VOLK!**

# Kindergeld für die ganze Welt?

Einige grundsätzliche Fakten vorab:

Der Bund zahlt etwa 35 Milliarden Euro Kindergeld pro Jahr. Das Kindergeld ist gestaffelt nach Anzahl der Kinder: Für das erste und zweite Kind gibt es je 194 Euro, für das dritte 200 Euro, für jedes weitere 225 Euro. Da die typische deutsche Großfamilie nicht die Norm ist (Durchschnitt 1,4 Kinder), kann man ahnen, welcher Bevölkerungsteil am meisten vom Kindergeld profitiert.

Der gebeutelte deutsche Steuerzahler erfuherte per Bundestagsdrucksache nun, daß die Bundesagentur für Arbeit im Jahr 2017 etwa 343 Millionen Euro Kindergeld an Konten ins Ausland überwiesen hat. Dieser Betrag wurde allein für 215.499 nicht in Deutschland lebende, ausländische Kinder bezahlt.

Wohlgermerkt an Konten ins Ausland! In diesem Betrag sind wohlweislich nicht die Beträge enthalten, die an Kindergeld für EU-Bürger, Migranten und Asy-

Beachtliche Identifikationsnummer der antragstellenden Person (Personennummer)

Beachten Sie bitte Hinweise und Sätze 1

Telefonische Rückfrage

**Antrag auf Kindergeld**

Bitte fügen Sie für jedes Kind, für das Kindergeld beantragt wird, eine „Anlage Kind“ an.

Anzahl der beigefügten „Anlage Kind“: .....

**1 Angaben zur antragstellenden Person**

Name:  Titel:

Vorname:  ggf. Geburtsname und Name aus früheren Ehen:

Geburtsdatum:  Geburtsort:  Geschlecht:  Staatsangehörigkeit (wenn nicht EU-Länder: bitte Außenamtstempel beifügen)

Auskunft (Straße/Platz, Hausnummer, Postleitzahl, Wohnort, Staat):

Familienstand:  ledig  seit   verheiratet  in eingetragener Lebenspartnerschaft  geschieden

Ehepartner/Ehegattin bzw. eingetragene Lebenspartnerin:

lanten auf ein Konto hier im Land ausgezahlt werden.

Spitzenreiter dabei sind Polen mit 103.000 Kindern sowie Kroatien und Rumänien mit jeweils 17.000 Kindern.

Diese Zahlungen entsprechen geltendem EU-Recht, wonach EU-Ausländer für die Dauer ihres Arbeitsaufenthalts in Deutschland Anspruch auf Kindergeld haben, auch wenn die Kinder nicht in Deutschland leben.

Sowohl SPD/Grüne/Linke als auch die EU-Kommission lehnen es ab, das Kindergeld auf das Niveau des jeweiligen Heimatlandes zu senken.

Um ein Gefühl für das Ungleichgewicht der Kindergeldzahlungen in Europa zu vermitteln, hier einige Beispiele:

- In Kroatien, Tschechien oder Portugal erhalten Normalverdiener kein Kindergeldgeld.
  - In Spanien erhalten nur Kinder mit Behinderung eine Unterstützung.
  - In Italien bekommen nur Geringverdiener eine Unterstützung.
  - Die Franzosen bekommen erst ab dem zweiten Kind 120 Euro.
  - Bulgarien zahlt seinen Staatsbürgern 20 Euro pro Monat.
  - In Griechenland bekommt man 5,87 Euro für das erste Kind und sagenhafte 9 Euro beim zweiten.
- Legt man zugrunde, daß z.B. das rumänische Durchschnittseinkommen bei 650 Euro liegt, macht schon die Anmeldung von drei Kindern mit dann 588 Euro fast ein dortiges Monatseinkommen aus.

Aber was soll's, solange der Wähler »Muh« sagt, so lange wird er auch gemolken!

## Liebe Leser, ganz privat:

### Ferienzeit ist Lesezeit!

Vom Strandkorb an der Ost- oder Nordsee bis nach Mallorca, vom Jugendtreff bis zum Senioren-Kurpark, vom Frühstückstisch bis zum Straßencafé – die Menschen haben Ruhe, Zeit und Lust, nach einem Lesestoff zu greifen.

Wie seit vielen Jahren gibt es auch für diesen Sommer eine »Ferien-Sonderausgabe« der UN, die wir in Großauflage gedruckt haben.

Jetzt liegt es an Ihnen, liebe UN-Leser, die Meinungsbildung und Stimmung der breiten Öffentlichkeit so zu beeinflussen, daß die »Stimme des Volkes« in den Medien und Parlamenten nicht mehr übertüncht werden kann!



Jeder UN-Leser, der es ernst meint, kann 20, 50 oder 100 Blatt irgendwo verteilen oder finanzieren, damit andere, die jeden Euro umdrehen müssen, aber Zeit haben spazieren zu gehen, diese Ferien-Sonderausgabe zigtausenfach unters Volk bringen (Kostenbeitrag 10 Cent/Ex. zzgl. Versand). Ein

Packen davon gehört in jede Einkaufstasche, in jedes Auto, in jedes Urlaubsgepäck!

Wir zählen auf Sie! Telefon: 0208-840132, Fax: 0208-8487057.

Ihre UN-Mitarbeiter

# EU-Diktat fördert Kindergeld-Kriminalität

Die Bundesregierung hat auf eine AfD-Anfrage erklärt, daß sie 343 Millionen Euro Kindergeld für hier arbeitende oder sozialhilfeberechtigte Ausländer ins Ausland zahle.

Sie hat ebenfalls zugegeben, daß kriminelle Organisationen aus Südosteuropa in großem Stil mit falschen Geburtsurkunden und falschen Schulzeugnissen Kinder osteuropäischer Eltern angeben, die es gar nicht gibt. Daraus entstehe ein möglicher Schaden von mehr als 100 Millionen Euro. Mit anderen Worten: Mit dem Kindergeld der Ausländer wird Massenkriminalität finanziert.

Die Österreicher kürzen neuerdings das Kindergeld für im EU-Ausland lebende Kinder auf das Niveau der dort jeweils üblichen Kindergeldsätze. Auch die Bundesregierung möchte dies angeblich gern tun, hat aber nicht den Mut der Österreicher, weil sie dazu auf eine EU-Zustimmung benötige. Diese EU-Zustimmung gibt es aber nicht und wird es nicht geben. Die EU-Kommission lehnt das ab und auch zwölf Mitgliedsländer haben sich ausdrücklich dagegen ausgesprochen, weil für sie die deutschen Kindergeldmillionen wünschenswerte Finanzausschüsse sind.

Solange also die Bundesregierung mit Kürzungen – wie Österreich es vormacht – auf Zustimmung der EU-Demokratie und der Begünstigten wartet, wird sie ewig warten müssen und die Kindergeldkriminalität wird weiter steigen. Wollen wir uns diesem EU-Diktat ewig beugen?

Prof. Dr. Eberhard Hamer

## Kinder-Armut in Deutschland

»Kinderarmut gehört jeden Tag auf die Agenda«, forderte der Präsident des Deutschen Kinderschutzbundes, Heinz Hilgers, anlässlich des Welttages der sozialen Gerechtigkeit am 20.2.2018.

**Aktuell seien in der Bundesrepublik über 2,8 Millionen Kinder und Jugendliche von Armut betroffen (das ist mehr als jedes fünfte Kind!), seit Jahren mit steigender Tendenz.**

Das sei für Kinder jeden Tag spürbar. »Zum Beispiel, wenn das Geld für die nötigsten Lernmaterialien in der Schule nicht reicht oder Kinder sich von gemeinsamen Aktivitäten mit Freunden zurückziehen, weil sie für vieles kein Geld haben. Das beschämt und entmutigt«, so Hilgers weiter.



**UNSER ZEICHEN GEGEN DIE MEDIEN-DIKTATUR:**

[www.un-nachrichten.de](http://www.un-nachrichten.de)

Wir bitten unsere Leser, Kostenbeiträge und/oder Spenden mit diesem Vordruck zu begleichen. Wenn Sie

dies schon erledigt haben, ignorieren Sie diesen Vordruck bitte. Unsere Leser außerhalb der Bundesrepublik

Deutschland bitten wir, landesspezifische Vordrucke zu verwenden. Diese erhalten Sie von Ihrer Hausbank.

### Beleg für Kontoinhaber/Zahler-Quittung

Konto-Nr. des Kontoinhabers
Zahlungsempfänger FREUNDESKR. UN E.V.
IBAN DE75 1001 0010 0636 5391 01
BIC PBNKDEFFXXX
Betrag: Euro, Cent
Kunden-Referenznummer/Verwendungszweck ADR.-NR.:
WOHNORT:
Kontoinhaber/Zahler: Name

### SEPA-Überweisung/Zahlschein

Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts BIC

**Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)**

F R E U N D E S K R . U N E . V .

**IBAN**

D E 7 5 1 0 0 1 0 0 1 0 0 6 3 6 5 3 9 1 0 1

**BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)**

P B N K D E F F X X X

**Betrag: Euro, Cent**

**Kunden-Referenznummer - Verwendungszweck, ggf. Name und Anschrift des Zahlers**

A D R . - N R . :

**noch Verwendungszweck (insgesamt max. 2 Zeilen à 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 2 Zeilen à 35 Stellen)**

W O H N O R T :

**Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)**

**IBAN**

D E 08

Datum Unterschrift(en)

**»Die Deutschen kennen ihren Staat als penibel und regelwütig, der Mülltrennung anordnet und Rasenmähzeiten vorschreibt.**

**Dort, wo er am wichtigsten wäre, diesen Eindruck haben immer mehr Bürger, gleiten ihm allerdings die Dinge aus den Händen.«**

FOCUS, Nr. 22/2018

## »Weiter so« mit dem BAMF?

Eine »weltfremde Asylpolitik« bescheinigte selbst die systemtreue Westdeutsche Allgemeine am 22.5.2018 den Verantwortlichen:

**»Das BAMF ist die institutionalisierte Willkommenskultur von Angela Merkel. [...] Die Kanzlerin sah davon ab, die Grenzen zu kontrollieren, Flüchtlinge in sichere Drittstaaten zurückzuschicken und wünschte sich bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise Flexibilität, Kreativität, schnelle Verfahren.«**

**»Dem BAMF wurde viel zugemutet: Schätzungsweise 1,5 Millionen „Kunden“ in drei Jahren, Menschen ohne Ausweise,**

**deren Identität sich schwer feststellen läßt, geschweige denn die Asylberechtigung.**

**Ein Heer von Entscheidern, Dolmetschern, Dokumentenprüfern wird herangezogen: 6.234 Mitarbeiter, 45 Dienststellen, 781 Millionen Euro Etat: Welch ein Aufwand, um eine weltfremde Asylpolitik aufrechtzuerhalten!**

**Diese Behörde ist monströs, dieses Asylsystem aus der Zeit gefallen. Jetzt ist Seehofer gefragt. Eine Ironie. Der größte Kritiker der Flüchtlingspolitik der Kanzlerin soll dafür sorgen, daß es weitergeht mit Angela Merkels institutionalisierter Willkommenskultur: mit dem BAMF.«**

Für die Wahrung der Grund- und Bürgerrechte des Einzelnen, der Souveränität und Selbstbestimmung der Nationen, für das Heimatrecht der Völker im eigenen Land, für den Erhalt der Pressevielfalt und Meinungsfreiheit.

### FÜR IHRE BESTELLUNG:

Bitte einsenden an: UN, Postfach 101706, 46017 Oberhausen

- Ich bitte, mir monatlich 1 - 2 - 3 - 5 - 10 Exemplar(e) der UN zuzusenden. Ich gehe damit kein Abonnement mit Verpflichtungen oder Kündigungsfristen ein. Die UN werden ehrenamtlich zu Selbstkosten erstellt (zur Zeit 1,50 Euro je Exemplar einschließlich Porto, ab 10 Stück 1,- Euro je Exemplar).
- Ich bitte um eine kostenlose Probesendung verschiedener Ausgaben der UN. 1,45 Euro Rückporto liegen in Briefmarken bei.
- Ich bitte um Zusendung von \_\_\_\_\_ Ex. der UN-Ausgabe Nr. \_\_\_\_\_ mit / ohne Kostenbeteiligung (siehe oben).
- Einen Kostenbeitrag in Höhe von \_\_\_\_\_ Euro lege ich per Verrechnungsscheck / in bar bei - zahle ich per Einzug - kann ich zur Zeit nicht leisten.

Name/Anschrift: \_\_\_\_\_

Jahrgang: \_\_\_\_\_ Telefon: \_\_\_\_\_ (für Rückfragen)

#### Einwilligungserklärung zur Datenspeicherung und -weitergabe

Die angegebenen personenbezogenen Daten, die allein zum Zwecke der Ausführung der Bestellung notwendig und erforderlich sind, werden auf Grundlage gesetzlicher Berechtigungen erhoben.

Mit meiner Unterschrift bin ich damit einverstanden, daß meine Daten zum Zwecke der Ausführung an Dritte (Versanddienstleister, Post- und Paketdienste) weitergeben werden.

Meine Einwilligung zur Datenspeicherung und -weitergabe kann ich jederzeit ohne Angabe von Gründen mit Wirkung für die Zukunft abändern oder gänzlich widerrufen.

Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

### ERSCHEINUNGSVERMERK

UN - Unabhängige Nachrichten  
Postfach 101706  
D-46017 Oberhausen

Telefon: 0208 - 84 01 32  
Telefax: 0208 - 84 87 057  
E-Post: info@un-nachrichten.de

#### Bankverbindung:

FK UN e.V.  
IBAN: DE75 1001 0010 0636 5391 01  
BIC: PBNKDEFF

#### Internet:

www.un-nachrichten.de  
www.fb.com/UN.Nachrichten

#### Impressum:

Herausgeber: Freundeskreis Unabhängige Nachrichten e.V., Alstadener Str. 49a, 46049 Oberhausen

verantwortw. Schriftleiter: Annette Kruse

Für unverlangt eingesandte Zuschriften wird keine Haftung übernommen!

Kein gewerbliches Unternehmen. Außer Satz und Druck ist alle Mitarbeit ehrenamtlich.

#### Keine Werbung oder Anzeigenaufnahme.

Kein Verkauf, Kostenbeiträge sind freiwillig, z.Zt. entstehen Selbstkosten von etwa 1,50 Euro je Ausgabe einschließlich Porto.

Diese Zeitschrift wird vor dem Druck von Anwälten auf strafrechtliche Unbedenklichkeit überprüft.

Druck: Wegeor GmbH, Alstadener Str. 49a, 46049 Oberhausen

Alle redaktionellen Texte dieser Ausgabe stehen, soweit nicht anders gekennzeichnet, unter der »Creative-Commons«-Lizenz CC BY-NC 4.0 und dürfen damit weiterverwendet werden.  
creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/